

1 **A-101/II/2017**

2

3 **Der Landesparteitag möge beschließen:**

4 **Der Bundesparteitag möge beschließen:**

5

6 **SPD für Alle: Transparenz und Basisdemokratie stärken**

7 Die dem historisch schlechten Ergebnis der Bundes-
8 tagswahl folgende intransparente Personalfindung
9 zeigt uns, dass die Entscheidungsfindungsprozesse
10 innerhalb der SPD dringend transparenter gestaltet
11 werden müssen. Wir brauchen ein Mitspracherecht
12 für alle Genoss*innen in allen wichtigen Fragen. Dazu
13 benötigen wir Mitgliederoffene Gremien, in denen
14 die wesentlichen Entscheidungen innerhalb der SPD
15 transparent für alle getroffen werden. Gemäß Orga-
16 nisationsstatut sind dafür Parteitage vorgesehen, auf
17 denen jede*r Genossin und Genosse das Recht zur
18 Mitsprache hat. Demgegenüber stehen Parteikonvente,
19 in denen nur ein kleiner Teil der Mitglieder äußerst
20 wichtige Entscheidungen trifft. Sachentscheidungen
21 sollten allerdings auf Parteitagen vorgenommen
22 werden und entscheidende Personalfragen durch Mit-
23 gliederentscheid, um eine möglichst breite Mitwirkung
24 aller Mitglieder zu ermöglichen. Der Parteikonvent ist
25 daher abzuschaffen und auch auf das ohne Entschei-
26 dungsbefugnisse ausgestattete Mitgliederforum ist zu
27 verzichten und stattdessen die Anzahl der Parteitage
28 zu erhöhen.

29

30 **Begründung**

31 Durch Parteikonvente wird der basisdemokratische
32 Ansatz, den wir als SPD verfolgen, untergraben. Um
33 den Entscheidungsfindungsprozess zu optimieren und
34 der Vergrößerung der Kluft zwischen Vorstand und
35 Mitglieder und der Unterrepräsentanz von Abteilun-
36 gen und Ortsvereinen entgegenzuwirken, bedarf es
37 Entscheidungen, an denen sich alle Mitglieder der SPD
38 beteiligen dürfen. Die Kompetenzen des Parteikonvents
39 wirken diesem basisdemokratischen Ansatz entgegen.
40 Nach dem Antragschluss können nur noch Initiativan-
41 träge aus der Mitte des Parteikonvents und vom SPD
42 Parteivorstand gestellt werden. Näheres regelt hierzu
43 die Geschäftsordnung, die der Parteikonvent beschließt.
44 Damit trägt der Parteikonvent zu viele Kompetenzen
45 angesichts der dort bisher zu treffenden weitreichen-
46 den Entscheidungen, die die politische Richtung der
47 SPD betreffen. Dies führte in der Vergangenheit zu
48 Beschlüssen, die zuvor einer breiteren Debatte hätten
49 unterworfen werden müssen. Angesichts der für viele
50 SPD-Gremien und Arbeitsgemeinschaften bisweilen zu
51 kurz angesetzten Antragsfristen, verlieren zahlreiche
52 Mitglieder ihre Stimme aufgrund rein organisatori-
53 scher Gründe. Diesen Umstand vor Augen, benötigen
54 wir mehr Parteitage, bei denen auch aus deren Mitte
55 heraus kurzfristig weitere Diskussionsbeiträge hinzu-
56 gefügt werden können. Nicht zuletzt müssen wir uns
57 die Frage stellen, ob die Delegierten für den Parteikon-
58 vent besonderem Druck ausgesetzt sind, beispielsweise
59 Genoss*innen, die ökonomisch oder parteipolitisch von

1 ihrer Karriere in der Partei abhängig sind. Wir müssen
2 die Frage zulassen, ob diese Delegierten ausschließlich
3 auf Grundlage ihres Gewissens entscheiden können.
4 Um solche Situationen, die zu Entscheidungen füh-
5 ren können, die von den Ideen der Sozialdemokratie
6 abweichen, zukünftig zu verhindern, muss den Dele-
7 gierten der unzumutbare Druck genommen werden,
8 indem nicht diese, sondern die Partei insgesamt alle
9 wichtigen Entscheidungen trifft. Wir als SPD benötigen
10 ausschließlich Entscheidungsfindungsprozesse, die
11 fundiert und mit Einbeziehung aller sich für das jeweili-
12 ge Thema interessierenden Mitglieder stattfinden. Nur
13 unter Berücksichtigung der Meinungsvielfalt innerhalb
14 der SPD und der daraus entstehenden Diskussionstiefe
15 können wir die Beteiligungsbereitschaft möglichst
16 vieler Genoss*innen erreichen und damit die Demokra-
17 tisierung und Modernisierung der Partei vorantreiben.
18 Mitgliederforen können nicht als adäquates Gremium
19 dafür angesehen werden. Vielmehr benötigen wir dafür
20 häufiger stattfindende Parteitage und die Abschaffung
21 des Parteikonvents